Nr. 36 | 2019

Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Sie protestieren. Und wir?

Zur Strategie der AfD > 9

Filmfest in Burkina Faso > 11

Vergiftet oder arbeitslos > 22

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

2019 wird gewählt – Europawahl und Landtagswahlen in vier Bundesländern, darunter auch in Bremen. Ein Grund für die WIR, sich dem Thema gleich in vier Artikeln zu nähern. Letztlich gilt: Jede Stimme zählt – es ist wichtig wählen zu gehen!

Ein weiterer Schwerpunkt ist Klima und Umwelt. Das Titelfoto dazu stammt von einer Schülerdemo im Rahmen von „Fridays for Future". Wie sind die tatsächlich oder vermeintlich vorhandenen Interessengegensätze zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen zu lösen? Welche Rolle spielen dabei die Gewerkschaften? Ähnlich die Fragestellung im Bereich Gesundheit und Arbeitsplatz. Ein Beitrag behandelt Seniorenpolitik in der IG Metall. Hinweise auf die Mai-Kundgebungen des DGB sind auf der letzten Seite zu finden.

Die lebendige Schilderung vom bedeutendsten afrikanischen Filmfestival zeigt, wie wenig wir noch vom kulturellen Leben in Afrika wissen.

Zu guter Letzt: Bei der Fertigstellung der WIR 35 ist uns ein dicker Fehler unterlaufen! Statt des dritten Teils der Reihe zur Bremer Räterepublik hat WIR den ersten Teil aus Nr. 33 noch einmal abgedruckt – nur mit anderen Bildern. Wir entschuldigen uns beim Autor und unseren Leser*innen und drucken den letzten Teil der Reihe in dieser Ausgabe.

Wir sehen uns am 1. Mai?

PS. Ab dieser Ausgabe verwendet WIR im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache das „*". Also statt „liebe LeserInnen und Leser" ab jetzt „liebe Leser*innen". Gemeint sind dieselben.

Inhalt

3 **Wer die Wahl hat ...**
Wolfgang Bielenberg

5 **Der lange Kampf ums Frauenwahlrecht**
Marlene Henrici

7 **Deutschland, Deutschland - Wie sich die AfD in die Mitte der Gesellschaft drängen will**
Willi Derbogen

10 **To'n Düvel mit de europääschen Rechtsparteien**
Holger Zantopp

11 **Afrikanisches Kino - 50 Jahre FESPACO Filmfestival in Burkina Faso**
Manfred Weule

15 **Die Bremer Räterepublik und die Macht der Banken**
Achim Saur

20 **Sei kein Frosch!**
Wolfgang Bielenberg

22 **Vergiftet oder arbeitslos?**
Margot Müller

25 **Gegen die Zerstörung von Herz und Hirn**
Fragen an Dr. Wolfgang Hien
Traudel Kassel

29 **Hoffnung, Dilemma und Wut zum Gewerkschaftstag 2019**
Udo Hannemann

30 **Termine: Senior*innen im DGB**

31 **Leserbriefe**

32 **Der 1. Mai in Bremen und Bremerhaven**

Wer die Wahl hat ...

... hat sie schon mal. Die Alternative ist „keine Wahl“ oder „alternativlos“ oder „weiter so“. Oder so.

Wolfgang Bielenberg

Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass Parlamente und Regierungen sich in festgelegten Abständen zur Wahl stellen müssen. Hier können die Wähler*innen eine Politik nachträglich gutheißen (indem sie die an der aktuellen Regierung beteiligten Parteien wählen) oder eben nicht (indem sie eine Oppositionspartei wählen). Die Möglichkeit, eine Regierung durch Mehrheitsentscheid abwählen zu können, ist ein herausragendes Merkmal der Demokratie.

Nun wird der überwiegende Teil unserer Leserschaft schon das eine oder andere Mal zur Wahl gegangen sein. Dabei gab es Wahlergebnisse, die bei manchen Zufriedenheit auslösten. Aus Sicht von Arbeitnehmern und sozial Benachteiligten stellte jedoch die Politik, die den Wahlen folgte, viele nicht zufrieden: Gerade seit 1990 hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet, wurde an Bildung, Renten, Gesundheit zugunsten der Rüstung gespart, wurden demokratische Rechte geschliffen, die selbst gesetzten Ziele in der Klimapolitik nicht eingehalten.

Trotzdem werde ich wählen gehen. Auch wenn es beileibe nicht ausreicht, alle vier (oder fünf) Jahre ein Kreuz zu machen, ist es doch wichtig, Einfluss zu nehmen auf die Zusammensetzung der Parlamente und Gremien.

Am 26. Mai ist es wieder so weit. Dieses Mal sind es sogar drei Wahlen, die auf diesem Sonntag zusammenfallen:

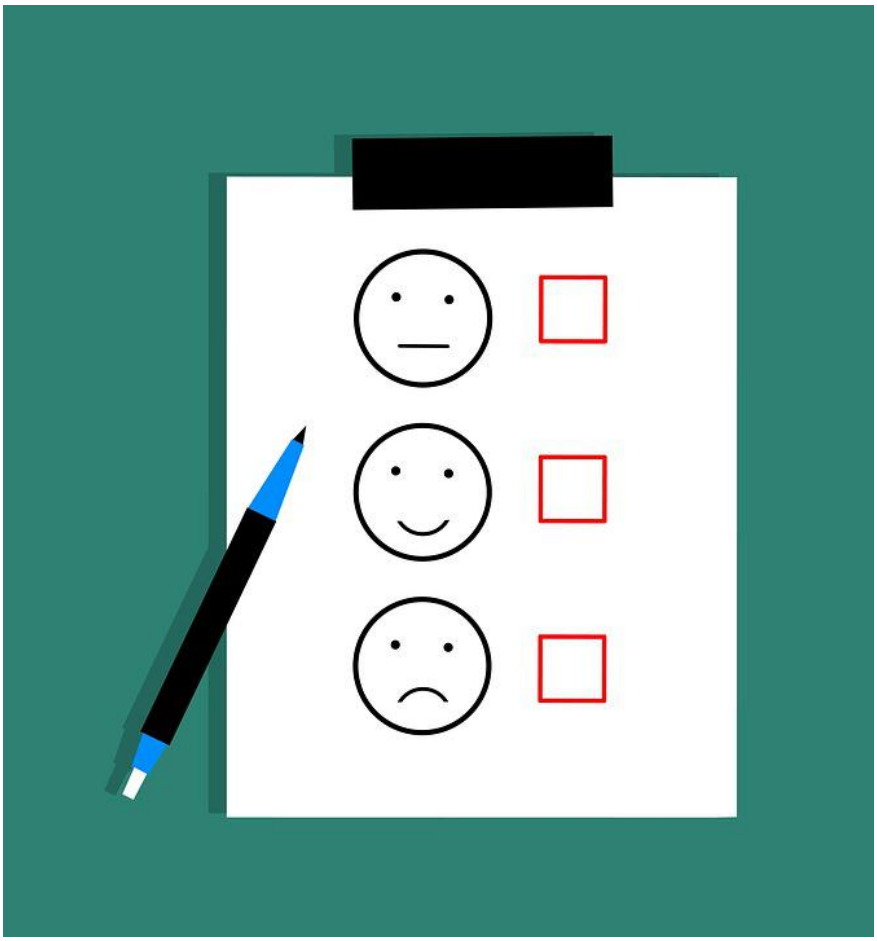
Europawahlen

Alle fünf Jahre werden die über 700 (mit dem Vereinigten Königreich 750) Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit Sitz in Straßburg gewählt. Dabei kommen aus Deutschland – dem Einwohner-stärksten Land der Europäischen Union (EU) - knapp 100 Kandidat*innen, aus Zypern – dem kleinsten – 6. Die Wahl ist direkt, das heißt, die Kandidat*innen mit den meisten Stimmen gewinnen. Die Bedeutung des Europäischen Parlaments hat in den letzten Jahren zugenommen. Es beschließt Gesetze, die für die Mitgliedsländer bindend sind, beschließt den Haushalt, wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission und kontrolliert die Arbeit der EU.

Bürgerschaftswahlen

Sie finden alle vier Jahre statt. Gewählt werden die 84 Abgeordneten der Bürgerschaft (des Landesparlaments) – davon sind 69 Bremer*innen und 15 Bremerhavener*innen. Gleichzeitig werden mit der Stadtbürgerschaft Bremen und der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven die Kommunalparlamente gewählt. Jede

Wähler*in hat fünf Stimmen, die sie beliebig auf verschiedene Kandidat*innen verteilen kann - oder einer Kandidat*in mehrere geben. Außer bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung gilt die 5%-Klausel. Die neue Bürgerschaft wählt den Präsidenten des Bremer Senats, der



gleichzeitig der Bürgermeister der Stadt Bremen ist. Der Oberbürgermeister Bremerhavens wird von der Stadtverordnetenversammlung bestimmt.

Beiratswahlen in Bremen

Gleichzeitig mit den Bürgerschaftswahlen werden in der Stadt Bremen die Mitglieder der 22 Beiräte gewählt. Ihr Größe hängt von der Anzahl der Bewohner*innen des Stadtteils ab – sie schwankt zwischen sieben und 19 Mitgliedern. Bei den Beiratswahlen gibt es keine 5%-Klausel.

Volksentscheid Rennbahn

Ebenfalls am 29. Mai dürfen alle Bremer*innen darüber abstimmen, ob das Gelände der ehemaligen Galopprennbahn in der Bremer Vahr bebaut oder als Grünfläche erhalten bleiben soll. Die Bürgerinitiative „Grün statt Beton“ hatte in einem Volksbegehren über 20.000 Unterschriften gesammelt und so den Weg für den Volksentscheid frei gemacht.

Wen wählen?

Vor Wahlen werden Parteien rege. Das merkt man an den Plakaten, die an Bäumen und Laternen hängen, an Postwurfsendungen und an Infoständen und Veranstaltungen. Dort hingehen, zuhören und Fragen stellen ist immer eine gute Idee. Eine andere Möglichkeit, sich mit den Standpunkten der Parteien auseinanderzusetzen, ist der Wahl-O-Mat. Das ist ein Programm, in dem man interaktiv Fragen zu politischen Themen beantwortet. Die eigenen Antworten werden vom Programm mit den Positionen der Parteien verglichen. Am Ende erhält man eine Übersicht, mit welcher Partei die eigenen Ansichten am meisten übereinstimmen. Allerdings ist hier Vorsicht geboten – auch dieses Programm kann irren … Den Wahl-O-Mat gibt es sowohl für die Europawahl 1) wie auch für die Bürgerschaftswahlen 2).

Wie wählen

In der Regel erhält jede Bremer*in und Bremerhavener*in spätestens 21 Tage vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigungskarte per Post. Sie berechtigt zur Wahl in dem dort aufgeführten Wahllokal. Auf der Karte gibt es auch Hinweise zur Briefwahl – für diejenigen, die am Wahltag nicht in Bremen sind. Wer keine Benachrichtigung bekommen hat, sollte sich mit dem zuständigen Wahlamt 3) 4) in Verbindung setzen

Wir sehen uns am 26. Mai – auf dem Weg zum Wahllokal (gemeinsam zur Wahl gehen macht Spaß!) oder zurück oder abends in der Kneipe zur Beurteilung der Ergebnisse. Und vor allem sehen wir uns nach den Wahlen bei Aktionen wieder, um den gewählten Politikern Druck zu machen und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

---

1) http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/
2) https://wahlomat.co/landtagswahl-bremen-hb/
3) Wahlamt Bremen, An der Weide 14-16, 28195 Bremen
4) Wahlamt Bremerhaven, Postfach 210360, 27524 Bremerhaven

Der schwere und lange Kampf um das Frauenwahlrecht

Marlene Henrici

1848 schrieb Louise Dittmer anlässlich der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, bei der nur besitzende Männer ab 25 Jahren vertreten waren:

„Wohl spricht man viel von Freiheit für alle, aber man ist gewöhnt, unter dem Wort ‚alle' nur die Männer zu verstehen."

Frauen hatten kein Wahlrecht, kein Recht auf Erwerbstätigkeit oder persönlichen Besitz. Sie waren von ihren Ehemännern, oder wenn sie unverheiratet waren, von ihren Vätern abhängig. Frauen war es durch das preußische Vereinsgesetz von 1850 verboten, sich politisch zu betätigen. Dieses Gesetz galt bis 1908. Es wurde ebenso verboten, dass Frauen Zeitschriften herausgaben.

Ab Mitte des neunzehnten Jahrhunderts schließen Frauen sich unerlaubt zu Gruppen und Vereinen zusammen, um für Frauenrechte einzutreten. Häufig werden sie als Wohltätigkeitsvereine getarnt. Bei der Forderung für mehr Frauenrechte gab es zwei vorherrschende iiStrömungen.

1865 wurde der allgemeine deutsche Frauenverein mit Louise Otto an der Spitze gegründet. Diese Frauen wollten die Bildung fördern. Ihr Argument gegen die Forderung des Wahlrechtes war, dass die Frauen, wenn sie nur genug Bildung hätten, in Zukunft unter Beweis stellen könnten, dass sie das Wahlrecht verdient hätten.

Hedwig Dohm dagegen forderte 1873 explizit das Wahlrecht für Frauen. Für sie war das Wahlrecht eine Voraussetzung für jede weitere emanzipatorische Entwicklung. Sie sagte : „ Menschenrechte haben kein Geschlecht." Sie vertrat die fortschrittliche Ansicht, dass jeder Mensch ein Recht auf Entwicklung seiner Individualität hätte. Die Voraussetzung dafür sei das aktive und passive Wahlrecht.

Schließlich war es August Bebel, der gegen alle Widerstände dafür sorgte, dass auf dem Gründungskongress der SPD 1875 und schließlich 1891 ins Wahlprogramm der Partei die Forderung nach dem Frauenwahlrecht aufgenommen wurde. Er stellte klar, dass es keine Befreiung der Menschen geben könne, ohne die soziale Unabhängigkeit und politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Die SPD war die einzige Partei, die sich für die Frauenbelange einsetzte.

Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wurde schließlich in ganz Europa über das Frauenwahlrecht diskutiert. Schließlich knüpfte auch die proletarische Frauenbewegung internationale Kontakte und lud

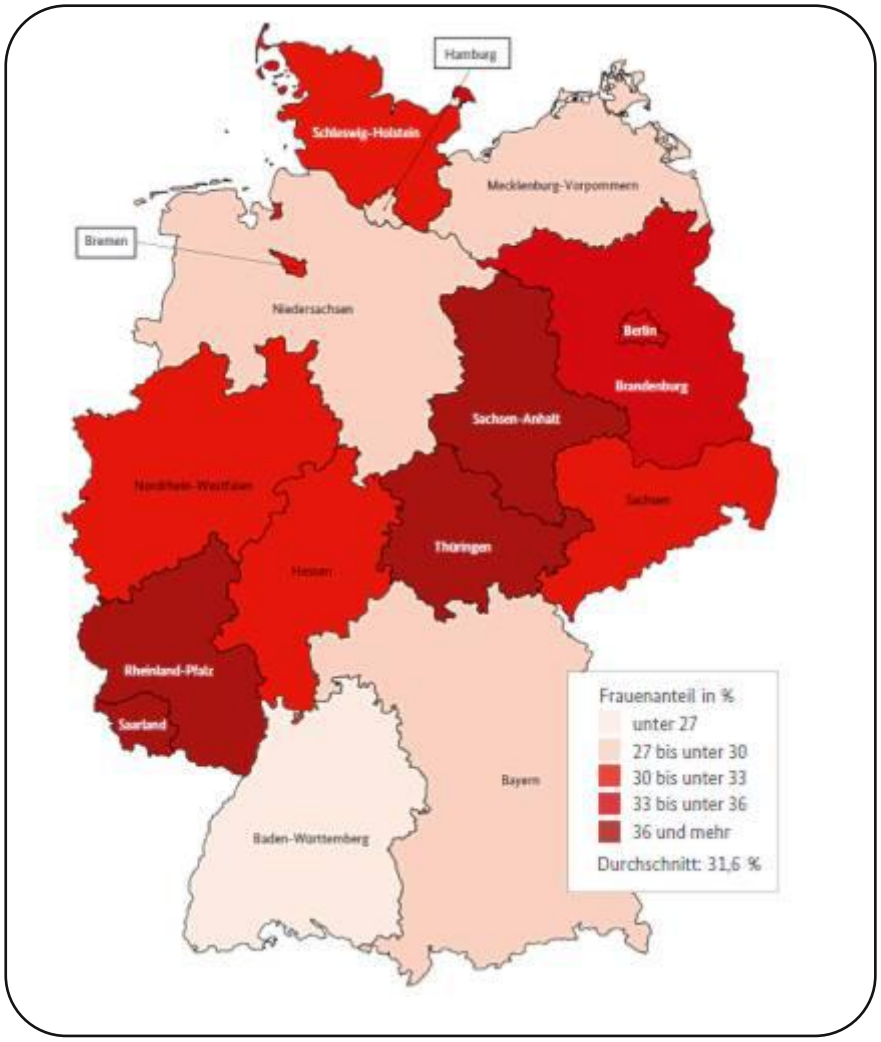
1907 zur ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen nach Stuttgart ein. Hier wurde lautstark das Wahlrecht für Frauen gefordert. Nun endlich wurde auch in der breiten Presselandschaft darüber berichtet.

- 1911 wurde zeitgleich in mehreren Ländern der erste internationale Frauentag ausgerufen.
- Durch den ersten Weltkrieg wurden die Kontakte schwieriger. Es gelang Clara Zetkin aber trotzdem, im März 1915 eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern zu organisieren. Darauf hin wurde sie als Landesverräterin verfolgt.
- Nach Kriegsende und der gesellschaftlichen Umwälzung durch die Novemberrevolution von 1918 wurde das Frauenwahlrecht endlich umgesetzt. Der Rat der Volksbeauftragten beschloss auch, das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren.Wahlberechtigt waren alle deutschen Frauen ab 21 Jahren.
- Am 19.Januar 1919 wurde ein neuer Reichstag gewählt. 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab und 37 weibliche Abgeordnete zogen ins Parlament ein. Das entsprach einer Quote von knapp 9 Prozent.
- Wissen sollte man auch, dass die Nationalsozialisten den Frauen 1933 das passive Wahlrecht wieder entzogen. Sie durften zwar noch wählen, aber nicht mehr kandidieren.

Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde im Grundgesetz das aktive sowie das passive Wahlrecht wieder festgeschrieben.

- Im deutschen Bundestag wurde aber erst 1961 die erste Ministerin (Elisabeth Schwarzhaupt) berufen.
- Zur Zeit beträgt der Frauenanteil im Bundestag 30,7%. Frauen sind also deutlich unterrepräsentiert. In Deutschland leben schließlich rund zwei Millionen mehr Frauen als Männer.
  Bei den Frauenanteilen der Bundestagsfraktionen gibt es deutliche Unterschiede: CDU/CSU 20%, SPD 42%, FDP 22,5%, Linke 54% Grüne 58% , AFD 10%.
- Bei der AFD sind die Frauen am deutlichsten unterrepräsentiert. Obendrein werden mit ihrer an traditionellen Werten orientierten Familienpolitik die Errungenschaften geschlechtergerechter Politik wieder in Frage gestellt.

Wie sieht es denn in den Parlamenten der Bundesländer aus? In Bremen liegt der Frauenanteil bei 33,7% . Alle Bundesländer siehe Grafik (links).



Prozentanteile der weiblichen Abgeordneten in den Landesparlamenten. Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016.

Manche mit deutlicher Verspätung

International wurde das Wahlrecht für Frauen zuerst im Bundesstaat Wyoming (USA) bereits 1870 eingeführt. In Europa war Finnland 1906 das erste Land. Es folgten 1913 Norwegen, 1915 Dänemark und Island. 1918 in Deutschland gemeinsam mit Österreich, Polen, Tschechoslowakei und Russland. Danach folgten andere europäische Länder. Allerdings wurde das Wahlrecht erst 1971 in der Schweiz, 1974 in Portugal und 1984 in Liechtenstein eingeführt.

Ich stelle fest, dass der Kampf um die Gleichberechtigung noch lange nicht abgeschlossen ist. Frauen, aber auch Männer müssen zumindest ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen, damit es im Sinne der Menschenrechte und der Demokratie weitergehen kann.

Deutschland, Deutschland …

… oder wie sich die AfD in die Mitte der Gesellschaft drängen will

Willi Derbogen

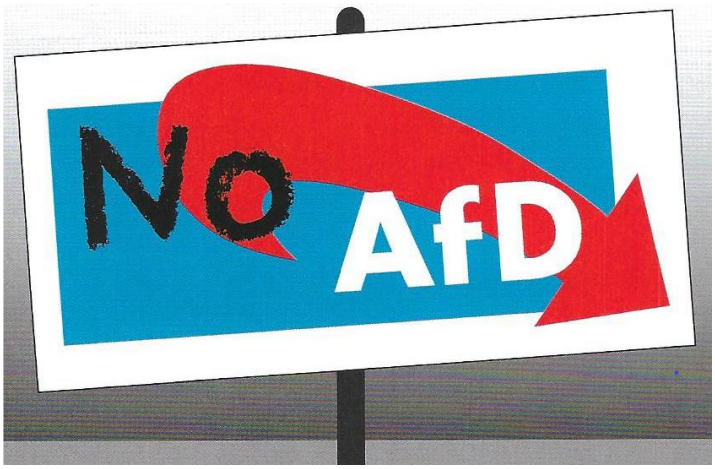
Gegründet im Jahr 2013 hat keine Partei seit Bestehen der Bundesrepublik einen solch kometenhaften Aufstieg nehmen können wie die Alternative für Deutschland, kurz die AfD. Mittlerweile hat sie sich – rechnet man ihre Jugendorganisation und sympathisierende Bewegungen dazu – zu einem Sammelbecken rechtsextremer bis rechtspopulistischer Positionen entwickelt, die in allen Länderparlamenten Deutschlands vertreten ist und nun auch mit den kommenden Europawahlen kurz vor dem Einzug in das Europaparlament steht.

Was ist diese Partei, was will sie sein und woher kommt ihr augenscheinlich so durchschlagender Erfolg in unserem politisch-parlamentarischen System? Einem System, das die Mitglieder und Repräsentanten der AfD doch so vehement bekämpfen will, nimmt man die Aussagen vieler ihrer Vertreterinnen und Vertreter ernst, die von ihnen nicht nur in Bierzelten und Versammlungen oft rechtsextremer Unterstützer, sondern zunehmend auch offen in Gemeinde- und Landesparlamenten bis hin zum Bundestag zu hören sind.

Schaut man in ihr Grundsatzprogramm – das ‚Programm für Deutschland', so erfahren wir, dass die AfD Deutschland reformieren und „an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen" will, „die erst zu einem Wirtschaftswunder und dann zu einem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben". Gefährdet wird diese Erfolgsgeschichte durch „ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist,…in Händen hat", und weiter: „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden" (Grundsatzprogramm AfD S.15).

Ursprünglich angetreten – wer erinnert sich noch – um die D-Mark vor dem EURO zu retten – damals hieß der Vorsitzende noch Lucke - ist die AfD über die Ein-Themen-Partei im Kampf gegen die Zuwanderung heute zur Partei der Ablehnung geworden. Der Ablehnung von Zuwanderung, vor allem von so genannten Nichtdeutschen, seien es kulturelle oder religiöse Ausprägungen oder Menschen und letztlich auch der Ablehnung unseres politischen Systems.

Bei der AfD gewinnt der Begriff ‚Deutsche Leitkultur' eine rückwärtsgewandte Bedeutung, die wohl weit über die Vorstellungen eines Friederich Merz hinausgehen, als er diesen Begriff 2000 in die politische Debatte einführte. Die Gaulands, Weidels, von Storchs, Fests, Höckes, Kalbitz und Poggenburgs der AfD fordern nicht nur Korrekturen und Gesetzesänderungen, sondern wollen einen Systemwechsel. Sie wollen mit „deutscher Unbedingtheit …die Sache gründlich und grundsätzlich angehen. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutsche keine halben Sachen." (Björn Höcke zitiert nach Zeit Nr. 39 vom 20. Sept. 2018, S. 8).



Wie sieht nun das Wahlprogramm der AfD zu den Bürgerschaftswahlen im Mai aus? Welche „Wendezeit“ will uns nun die AfD in Bremen bescheren? Erst einmal stellt sie in einer Präambel fest, dass unsere Stadt, unser Land nahezu unbewohnbar sei. Explodierende Sozialkosten, Polizisten, die ihre Aufgaben nicht wahrnehmen, eine Justiz, die vor Drogendealern und Clans einknickt. Kurzum: ein Bundesland, in dem von Gerechtigkeit, Freiheit, Recht und Ordnung keine Rede mehr ist; ein Bundesland, in dem „deutsche Kultur und Lebensgewohnheiten zunehmend durch arabische und muslimische Einflüsse verdrängt“ werden (S.4).

Da haben sie also – neben dem politischen Kartell von Sozialdemokraten und Grünen – bereits die Hauptschuldigen der von ihnen konstatierten Misere gefunden: die zugewanderten Menschen oder – wie Alice Weidel sie beleidigend und scheinbar hasserfüllt am 16.05.2018 vorm Bundestag nannte:

„Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“.

Und so sehen die einfachen Lösungen der AfD in vielen Bereichen aus. In der Bildung sollen Pünktlichkeit, Höflichkeit, Fleiß, Ordnung und Verbindlichkeit wieder zentrales erzieherisches Anliegen werden. Schluss mit der leistungshemmenden Inklusion, Stärkung der Leistungsorientierung. Innere Sicherheit: Hier wendet sich die AfD richtigerweise gegen jede Form von Extremismus. Das heißt in ihrem Programm jedoch: Unterbindung der Finanzierung von linksextremistischen Aktivitäten. Kinder und Jugendliche müssen über die Gefahren linksextremistischer Aktivitäten aufgeklärt werden (S.10). Bedeutet das etwa aus der Sicht der AfD-Aktivisten perspektivisch die Forderung eines Parteienverbots für Sozialdemokraten, Grüne und Linke? Vom Rechtsextremismus scheint für die AfD verständlicherweise keine Gefahr auszugehen. Um so mehr allerdings von sogenannten „Ausländern“, weshalb zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität verdachtsunabhängige Kontrollen und der Aufbau von geschlossenen Abschiebezentren mit ausreichender Kapazität geschaffen werden sollen (S.11). Wie überhaupt zu Integration und Zuwanderung im Wahlprogramm u.a. gegen den angeblich massenhaften Missbrauch des Asylsystems gehetzt, eine Schließung der Grenzen sowie der Stopp jeglichen Familiennachzugs und nicht zuletzt auch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und das Einfrieren von Fördermitteln für alle Flüchtlingshilfsorganisationen im Land Bremen gefordert wird (S. 13-15).

Ähnlich zieht es sich durch die gesamten 27 Seiten des Programms der Bremer AfD. Nur um weitere Beispiele zu nennen: Zu Verkehr: „Wir halten weder Elektromobilität noch automatisiertes Fahren für zukunftsträchtig. Die AfD setzt weiter auf Verbrennungsmotoren“ und weiter „Diesel-Fahrverbote aufgrund fragwürdiger Grenzwerte lehnen wir ab“ (S.19). Zu Bauen und Wohnen: „Wenn Bremen seiner Verpflichtung nachkommt, illegale Personen zügig auszuweisen, gibt es keine Wohnungsprobleme“.

Die ganze Absurdität der Politik der AfD zeigt sich auch bei ihrer Kampagne zur Europawahl. Nur mit Mühe hat die Führungsclique um Meuthen, Gauland und Weidel auf dem Parteitag zur Europawahl in Riesa verhindern können, in der Wahlplattform den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union festzuschreiben, der nicht nur vom „Flügel“, dem ultrarechten Sammelbecken der AfD eingefordert wurde. Lediglich die Chance auf eine

Überall im Lande sammeln sich die demokratischen Kräfte, um den Vormarsch der AFD zu stoppen.

stärkere Vernetzung mit den rechten Parteien anderer EU-Staaten im europäischen Parlament und nicht zuletzt wohl auch die Aussicht auf einige einträgliche Abgeordneten- und Mitarbeiterpöstchen scheinen zumindest zu einem vorläufigen Verzicht auf diese Forderung geführt zu haben.

Die gleiche Führungsclique ist vor den bevorstehenden Landtags- und Europawahlen mit Vorwürfen unrechtmäßiger Parteien- und Wahlkampffinanzierung sowie – Gauland betreffend – der Steuerhinterziehung konfrontiert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt; die AfD-Kämpfer für eine sonst so harte Law-and-Order-Politik geben sich ahnungslos, sprechen von Anfängerfehlern oder versuchen mit fragwürdigen Spenderlisten von einem Skandal abzulenken.

In den Bundesländern ein ähnliches Bild: Flügelkämpfe und Ämterschacherei, bei der sich – nicht nur in den östlichen Bundesländern, sondern auch in Bremen – die eher rechten Flügel durchzusetzen scheinen. Nach einem zu verurteilendem körperlichen Angriff auf den Bundestagsabgeordneten und Bremer Landesvorsitzenden der AfD Frank Magnitz hätte man bei seiner Schilderung der Vorgänge – die sich letztlich als nicht realitätsgerecht herausstellte - den Eindruck gewinnen können, hier wolle sich einer zum neuen Horst Wessel des Rechtspopulismus in Deutschland hochstilisieren.

Wie ernst wir diese Entwicklungen nehmen sollten, zeigt nicht zuletzt auch die Ankündigung des Verfassungsschutzes nach dem Abtreten von Hans-Georg Maaßen, dem man durchaus eine gewisse Sympathie mit der rechtspopulistischen Szene Deutschland unterstellen könnte, die AfD als „Prüffall“ zu betrachten (was jetzt allerdings gerichtlich untersagt wurde) und die Jugendorganisation, die in Teilen offen rechtsextrem auftritt, zu beobachten.

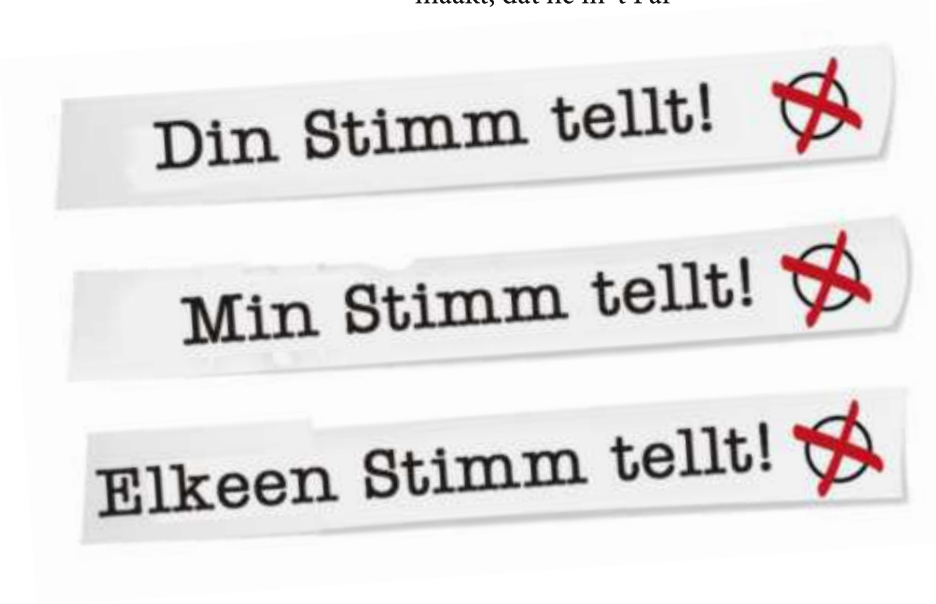
In dieser Gemengelage der Partei AfD, die der Fraktionsvorsitzende Gauland selbst als „gärigen Haufen“ einschätzt, kann am Ende leicht ein braunes Gebräu entstehen, das den Zusammenhalt unserer Gesellschaft weiter sprengt und durch gezielte Ausgrenzung und Diskriminierung das Zusammenleben von Menschen in all ihrer Vielfalt auch in unserer Stadt und unserem Bundesland zerstören will. Und das letztlich für das Zerrbild einer „Deutschen Leitkultur“, an der weder Bremen noch Deutschland noch Europa geschweige denn der Rest der Welt genesen will.

Holger Zantopp

To'n Düvel mit de europääschen Rechtsparteien

För AfD-Baas Meuthen is kloor: Mit den Binnenminister vun Italien, Salvini, will he in Tokunft tohooparbeiden. Meuthen seggt, dat gellt ok för den Regerungsbaas in Ungarn, Orban, un för den Viez-Kanzler in Öösterriek, Strache. Dat wunnert mi rein gor nich. Se hebbt sik alltosamen dorgegen utspraken, Flüchtlinge optonehmen oder se sünd för en knallhart Politik güntsiets Towannerers.

Dat mutt een vör de EU-Parlamentswahl an 26. Mai weten. Meuthen hett düütlich maakt, dat he in´t Parlament un in de hele EU en Maatschaft vun Rechtsmitsnackers smeden will, tosamen mit de nöömte butenlandsche Politikers. De Grenzen twüschen Rechtspopulisten un Rechtsextremisten sünd faken as fleten Water.



Meuthen is al fröher dör en böös Attack bekannt worrn. He harr wat vertellt vun dat "links-rot-grün-verseuchte bzw. versiffte 68er Deutschland". Dormit hett he mi sülvst angrepen. Op de anner Siet hett Meuthen gode Wöör för den Rechtsextremisten Björn Höcke in Thüringen funnen. Höcke maakt en "uttekent Job", meent Meuthen. Denn gifft dat in de Afd noch annere Lüüd, de den Holocaust un de hele Nazi-Tiet to´n Deel trüchnehmt. Co-Parteibaas Gauland hett vun en "Vagelschiet" in de dusendjöhrige düütsche Geschicht spraken.

De Afd un annere rechtsnatschonale Parteien bekrittelt scharp allens, wat mit de EU tosamenhangt. Se hebbt seggt, dat EU-Parlament is nienich demokratisch. Dat gifft avers EU-Kandidaten vun de AfD, de in´t Parlament intrecken wüllt, üm sik later sülvst aftoschaffen. Woans is dat mööglich? Wenn dat na de Partei geiht, schall dat in Tokunft blots noch en nixig EU-Parlament geven.

De AfD meent, Düütschland schull de Euro-Zoon achter sik laten. Blots weg vun de Gemeenschaftswährung un trüch to de D-Mark? De Euro is för Lüüd, de Stüern betahlt, nich totomoden, meent de Partei. Un denn maakt se ok en Frageteken achter de Gemeenschaft vun EU-Liddmaten. Düütschland mutt ut de Union rutgahn, wenn in en poor Johren kene Reformen ümsett warrt, hett de AfD kloor maakt. Se nöömt dat "Dexit", achter den weltberopen "Brexit".

As jümmers geiht de AfD scharp gegen den Islam vör. För de Partei is de Islam en Gefohr, överall in Europa. Muslime warrt heel un deel verordeelt, dor is keen Platz för en anner Sicht. Op düsse Oort un Wies staht Muslime ünner Generaalverdacht. De Partei hett avers vergeten, dat de Religionsfreeheit to de düütsche Verfaten höört. Un wat Flüchtlinge angeiht, dor is de AfD övereens mit Salvini, Orban un Strache. To´n Bispill hett Orban Flüchtlinge as "Invasoren" betekent.

Un Salivini harr verleden Johr mit en Spraak för en Schandaal soorgt. Op Twitter schreev he över sine Kritikers: "Tanti nemici, tanto onore" - op Hochdüütsch heet dat "Viel Feind, viel Ehr". De Oppositschoon hett em denn düchtig bekrittelt, denn Salivini harr sik mit düt Zitat op de Kant vun den fröheren faschistischen Diktator Mussolini stellt.

Nee, mit Rechtspopulisten, Rechtsextremisten oder sogoor mit Neo-Nazis is in Europa keen Gemeenschaft to maken. Se kruupt ut elkeen Ritz, dorüm mööt wi STOPP seggen, üm düsse Lüüd optohollen. Bi de EU-Parlamentswahl in´n Maimaand hebbt wi een vun vele Mööglichkeiten.

Manfred Weule

Afrikanisches Kino?

Das westafrikanische Filmfestival FESPACO in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, feierte im Februar seinen 50. Geburtstag. WIR waren vor Ort und gratulieren!

Unter afrikanischem Kino bzw. Filmen aus Afrika versteht die Mehrheit der Deutschen meist Produktionen wie: Nirgendwo in Afrika - Die weiße Massai - Afrika, mon amour oder - Jenseits von Afrika. Allesamt Filme, die mehr oder weniger deutlich bis heute den Mythos ›Afrika‹ mit kolonialen Elementen re-inszenieren, und zwar unabhängig davon, ob die Filme in der Kolonialzeit spielen oder in der Gegenwart angesiedelt sind.

Auch beim Stichwort internationale Filmfestivals kommen den meisten Deutschen nur Hollywood und der Trubel um die Oscar-Preisverleihungen oder die Berlinale in den Sinn. Dies verwundert nicht, denn während die oben genannten Filmfestivals tagelang landauf, landab von den Medien ausführlich begleitet und kommentiert werden, ist das westafrikanische Filmfestival FESPACO mit seinen mehr als einhundert vorgestellten Filmen bundesweit eine einzige Meldung wert. Wo? Im Deutschlandradio.

Zur Geschichte des FESPACO

Afrikanisches Kino und afrikanisches Filmschaffen existiert seit gut 50 Jahren. Bis Anfang der 1960er Jahre noch durch die Kolonialmächte kontrolliert, hat sich das freie Filmschaffen unter den anfänglich dramatischen Bedingungen der Unabhängigkeit heute als populäres Medium mit eigener Handschrift etabliert. Einen Meilenstein in dieser Entwicklung bildet das afrikanische Filmfestival in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, kurz Fespaco (Festival Panafricain du Cinéma de Ouagadougou) genannt. Seit 1969 präsentiert das Festival einem internationalen Publikum alle zwei Jahre afrikanische Filme und unabhängiges Filmschaffen, ehrt Regisseure, Drehbuchautoren sowie Stars und Sternchen. Alle Filmgenres und Formate – angefangen bei Unterhaltungsfilmen (Komödien, Sagen, Krimis, Science-Fiction) über politische Filme, die sich kritisch mit der Kolonialgeschichte, der neokolonialen Situation in

verschiedenen Länder oder Rassismus, Gewalt, Sexismus und Ausgrenzung auseinandersetzen, auch autobiografische Filme bis hin zu Tierdokus sind dabei vertreten. Was nicht vertreten ist, ist ›Der afrikanische Film‹, den es so wenig wie den europäischen Film gibt.

„Bonjour, les Festivaliers!"

„Guten Tag, Ihr Festivalbesucher", mit diesem Satz werden WIR, erkennbar durch unsere Eintrittskarte, die uns an einer Schnur um den Hals baumelt, beinah täglich auf unseren Wegen durch die Stadt zu den Spielstätten des Festivals von den Straßenhändlern begrüßt. Ganz Ouagadougou, so scheint es, ist in Festivallaune. In diesem Jubiläumsjahr, dem 26. Filmfestival, haben WIR uns von den mehr als einhundert präsentierten Filmen, 30 ausgewählt und in 6 Tagen unseres Aufenthalts angeschaut. Die meisten wurden in den klimatisierten drei Großkinos der Stadt mit je neunhundert Besucherplätzen präsentiert. Aus Platzgründen seien hier nur vier Filme kurz beschrieben, die uns nachhaltig in Erinnerung geblieben sind:

Muna Moto - Mit dem 90-minütigen s/w-Film des kamerunischen Regisseurs Dikongue Pipa aus dem Jahr 1976 wurde das Festival offiziell eröffnet. Im Rahmen einer Liebesgeschichte zwischen einer jungen Bäuerin und einem jungen Bauern zeigt der Film, wie sehr Jugendliche in Afrika – quasi als Geiseln – in den überkommenen traditionellen und z. T. korrumpierten Machtstrukturen Afrikas feststecken. Der restaurierte s/w-Spielfilm, der 1976 den „Etalon d'Or" (der Preis des „Goldenen Hengstes" ist vergleichbar mit dem Goldenen Bären der Berlinale) ausgezeichnet wurde, ist zum einen eine

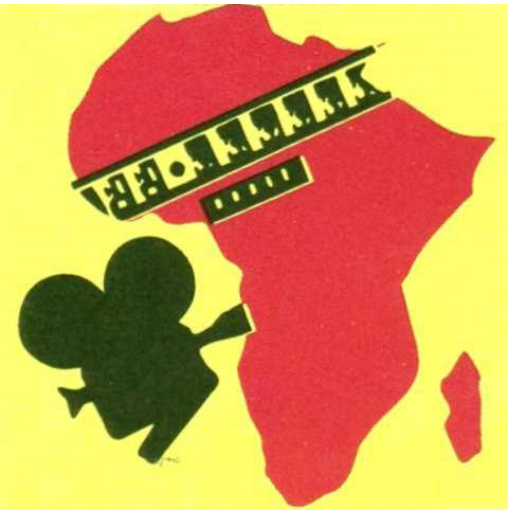
Oben: Burkina Fasos Hauptstadt schmückt sich mit einem „Platz der Cineasten" (oben). Links im Vordergrund die Statue des im Lande hochverehrten und international bekannten Regisseurs Ousmane Sembene.

Hommage an die afrikanischen Filmschaffenden der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit, zum anderen ist er, was den Kampf der afrikanischen Jugend heute nach Selbstbestimmung betrifft, erstaunlich aktuell.

Ordur (Del`Or Dur) – Der Filmtitel ist ein Sprachspiel: Del`Or Dur bedeutet übersetzt das „harte Gold“ und klingt französisch ausgesprochen gleich wie „Ordure“, übersetzt „Müll“. Auf einer Mülldeponie am Rande einer afrikanischen Stadt ist der 15-minütige Spielfilm des senegalesischen Regisseurs Momar Talla Kandji denn auch angesiedelt. Als ein junger afrikanischer Geschäftsmann schmerzlich feststellt, dass seine Geliebte ihn betrügt, trennt er sich von ihr und ihrer gemeinsamen Wohnung. Zu allem Überfluss hatte die Geliebte zuvor auch seine alte Aktentasche mit einer großen Geldsumme seines Arbeitgebers in den Mülleimer geworfen. Auf der hilflosen Suche nach der Tasche mit dem Geld begegnet er auf der Mülldeponie einer jungen Müllsammlerin, die ihm nach einigem Hin und Her in ihre Notbehausung auf der Müllkippe einlädt und ihm eine Unterkunft bietet. Beide verlieben sich ineinander. Über die neue Beziehung lernt er nicht nur die Lebensbedingungen der Müllsammler auf der Müllkippe, sondern auch ihre Solidarität kennen.
Der Film ist eine Hommage an die oft verachteten Müllsammler auf den Deponien Afrikas.

Schnell noch ein Selfie: Festival-Fans in Ouagadougou.

Le cimetière des éléphants (Der Elefantenfriedhof) - In dem 70-minütigen Dokumentarfilm befragt die burkinische Filmregisseurin Eléonore Yameogo ca. 15 französische Missionare, die in einem katholischen Altenwohnheim in Süd-Frankreich leben, zu ihren Erinnerungen an ihre Arbeit als Missionare in Afrika. Alle haben zwar die Siebzig weit überschritten, sind aber trotz ihres Alters geistig fit. Ohne vordergründige Absicht die ehemaligen Missionare vorzuführen arbeitet Eléonore Yameogo in den Interviews mit klugen Fragen heraus, dass alle noch heute von der Richtigkeit ihrer Mission und ihres sogenannten zivilisatorischen Auftrags überzeugt sind. Auch die zentrale Rolle, die Missionare und Missionierung in der Kolonisierung Afrikas spielten, wird von ihnen bis heute nicht gesehen, bzw. verdrängt.



Une place dans l'avion (Ein Platz im Flugzeug) - Die 18-minütigen Filmsatire von Khadidiatou Sow (Senegal) setzt sich humorvoll mit der irrigen Annahme auseinander, dass halb Afrika auf gepackten Koffern sitzt und förmlich geil darauf ist dem Kontinent zu entfliehen. In dem Film erfährt ein ganzes Dorf über eine Radio-

Die Graphik zu „50 Jahren“ Filmfestival.

sendung, dass noch ein Platz in einem Flugzeug in die USA frei sei und die erste Person, die den Flieger erreicht, kostenlos in die USA ausreisen kann. Die Hauptfigur in dem Film glaubt, diese Nachricht allein gehört zu haben, macht sich heimlich auf den Weg zum Flughafen und stellt unterwegs fest, dass offensichtlich alle im Dorf ebenfalls die Nachricht vernommen haben. Ein skurriles Rennen beginnt, an dem sich Junge wie Alte, Frauen wie Männer und sogar Rollstuhlfahrer und Blinde beteiligen. Jeder kämpft auf dem Weg gegen jeden. Am Ende zerplatzt der Traum, das Flugzeug gibt es nicht. Es bleibt nur das Frühstück, dass die Frau der Hauptfigur slapstickartig, mit den Worten: „aber du hast noch nicht gefrühstückt!“, ihrem Mann hinterherträgt. Soviel Lachen im Kino haben WIR selten gehört. Als alle beteiligten Schauspieler*innen, ein ganzes Dorf hat als Laiendarsteller mitgespielt, nach dem Film auf die Bühne des Kinos gebeten wurden, brach das ganze Kino in einen einzigen Jubel aus. Nur ein Zuschauer blieb etwas zurückhaltend und fragte scherzend über Mikrofon, „wo das Frühstück im Film abgeblieben ist, schließlich hat es ja niemand aufgegessen“.

Weiterführende Information

Eine ausführliche und kritische Beschreibung der genannten Filme findet sich unter: www.afrika-gibt-es-nicht.de / Modul 2, AfrikaBilder: Kontinuitäten und Brüche – Zur Geschichte und Gegenwart des kolonialen Blicks in der deutschen Medienlandschaft. Kapitel 4. AfrikaBilder im deutschen Spiel- und Dokumentarfilm, S. 60 ff

Um afrikanische Filme und Filmschaffen auch in Deutschland bekannter zu machen, veranstaltet die Filminitiative Köln e.V. seit 1996 alle zwei Jahre das Afrika-Filmfestival in Köln. Unter www.filme-aus-afrika.de präsentiert die Initiative auf ihrer interaktiven Datenbank eine Auswahl aktueller Filme mit Hintergrundinformationen, inhaltlichen Beschreibungen und kurzen Trailern, die sich hervorragend für Bildungsveranstaltungen eignen.

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitskreis DGB-Senior*innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen
E-Mail wir@aulbremen.de

DRUCK
Flyeralarm GmbH

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg, Rüdiger Eckert (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening, (IGM), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening (ver.di)

V.i.S.d.P.
Caren Emmenecker
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960 89 12

Frühere WIR-Ausgaben unter >>> https://www.aulbremen.de/index.php?key_nav=002-003-006

Die Bremer Räterepublik und die Macht der Banken

Achim Saur

Marktplatz, 10. Januar 1919: „Und dann stand da die geballte Masse. Und oben auf dem Rathaus wurde die rote Fahne gehisst, nicht wahr. Und dann die Internationale, dieser Massengesang, nicht. Wurde die Räterepublik ausgerufen. Wir hatten die absolute Macht in den Händen.“ So erzählte es einer der Demonstranten dem Bremer Historiker Peter Kuckuk am Ende seines Lebens und das Pathos ist noch immer zu spüren. Endlich schien sich ein Weg aus der Fron der Industriearbeit und dem Elend der Arbeiterquartiere zu öffnen. Jahrzehnte hatten sie auf das Ende dieses Systems gehofft. Doch es war nur ein Traum vom Sozialismus, ein kurzlebiges lokales Ereignis in den turbulenten Monaten nach dem 9. November.

Wohl sprachen alle Parteien der Arbeiterbewegung vom Sozialismus, doch den Weg dahin stellten sie sich anders vor. Die Mehrheitssozialisten (MSPD) wollten die Ungewissheiten der Revolution in ruhige Fahrwasser leiten. Dazu sollte eine Nationalversammlung zur Erarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung zusammentreten, bis dahin sollte es zuallererst um die Bewältigung der dringendsten Tagesprobleme gehen: Lebensmittelversorgung, Umstellung auf die Friedenswirtschaft etc. Von ihrem Vorsitzenden Ebert sind die Worte überliefert: „Ich hasse die Revolution.“ Die seit 1916 abgespaltenen Unabhängigen (USPD) wollten die errungene Macht nutzen, um vor einer solchen Wahl eine Sozialisierung von Schlüsselindustrien durchzuführen. Spartakus, noch eine Gruppe in der USPD, wollte die alleinige Macht der Räte. Alle gemeinsam sprachen von Sozialismus.

Streit um die Nationalversammlung

In Berlin regierte seit dem 9. November die von den Räten einberufene „Provisorische Regierung“ aus MSPD und USPD. In Bremen sah das anders aus. Im Arbeiter- und Soldatenrat war die MSPD mit nur einem Drittel der Delegierten klar in der Minderheit. Vom Leitungsgremium, dem Aktionsausschuss, war sie ausgeschlossen. Diese Sitze besetzten allein die Vertreter der „Unabhängigen“ und die dem Spartakus nahen „Internationalen Kommunisten Deutschlands“. Auf zwei USPD‘ler kam ein Vertreter der IKD. Schon in seiner ersten Sitzung sprach sich der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat gegen die Nationalversammlung aus.

Gegen die Pläne der Provisorischen Regierung folgte er dem Vorschlag ihres USPD-Vorsitzenden Henke für eine „vorläufige Diktatur des Proletariats“. Diese sollte zwei Jahre dauern. In dieser Übergangsfrist gewönne man Zeit für wichtige Strukturreformen wie die Sozialisierung wichtiger Industriezweige. Erfolglos forderten die IKD mehr, nach russischem Vorbild verlangten sie auch: „Die Bildung kommunistischer Garden in Stadt und Land ist für die Arbeiterklasse das wichtigste Gebot der Stunde.“

Soldaten für und gegen die Revolution

Auf Druck der weniger radikalen Soldaten verkürzten die Bremer Räte die Frist von zwei Jahren bis zur Rückkehr der gegen Weihnachten erwarteten Frontsoldaten des Infanterieregiments 75. Die Soldatenräte spielten eine entscheidende Rolle. Sie stellten in den Räten zwar nur eine Minderheit, aber als Waffenträger waren sie ein entscheidender Machtfaktor. Sie waren die Verantwortlichen für die Ordnung in der Stadt. Hier waren auch Bürgerliche bei der Wahl beteiligt, sozialistische Vorstellungen waren hier weniger ausgeprägt. Die Bremer Linke misstraute den Soldaten: bisher hatten sich nur die in der Stadt stationierten Soldaten der Revolution angeschlossen. Was aber würde passieren, wenn erst die

Kampftruppen gegen Jahresende in die Stadt zurückkehren? Folgten die ihren alten kaiserlichen Offizieren?

Als schon im Dezember Fronttruppen in Berlin einzogen, stieg die Spannung in der Hauptstadt. Soldaten inszenierten einen dilettantischen Putschversuch. Am 6. Dezember marschierte ein von Offizieren kommandierter Trupp in die Reichskanzlei und versuchte Friedrich Ebert zum Präsidenten auszurufen. Sie wollten ihn aus dem „Würgegriff“ der Räte befreien, auch die Führer der Berliner Räte sollten verhaftet werden. Bei einer Gegendemonstration des Spartakus kam es dann zum ersten Einsatz eines Maschinengewehrs inmitten der Großstadt. Es gab 16

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!
Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

Aufforderung zum Mord an Liebknecht, Plakat an Berliner Litfaßsäulen, © Bundesarchiv

Tote, das war der größte Verlust an Menschenleben in der bis dahin weitgehend friedlichen Revolution. Von diesem Tag an sollte die Gewalt eskalieren, der Historiker Mark Jones hat diesen Prozess detailliert beschrieben. Auch der Einmarsch der Freikorps in Bremen zwei Monate später sollte dieser Logik folgen.

Berliner Spartakus und USPD wähnten einen Zusammenhang mit dem gescheiterten Putschversuch. An den Litfaßsäulen waren inzwischen Plakate mit der Aufforderung „Tötet Liebknecht“ aufgetaucht. Spartakus antwortete mit symbolischer Militanz: An der Spitze ihrer Demonstration gegen angeblich für das Massaker verantwortlichen MSPD-Politiker rollten zwei Panzerautos, Demonstranten führten Maschinengewehre mit. Die Politik wanderte aus den Versammlungsorten auf die Straße.

Auch die Bremer Linksradikalen von der IKD hatten ihre Anhänger auf die Straße gerufen. Unter der Führung ihres Vordenkers Johann Knief forderten sie auf dem Marktplatz unter anderem die kategorische Ablehnung der Nationalversammlung und die „Bewaffnung des Proletariats“. Nach Kniefs Rede – auf dem Platz gab es ein unentwirrbares „Gemisch von Protest und Zustimmung“- zog eine Delegation mit den Forderungen „der Massen“ in das tagende Räteparlament. Die Debatte endete im Tumult. Als Knief mit der Ablehnung seiner Forderungen wieder vor die Demonstranten trat, reagierten die Versammelten mit einem „stürmischen Ausbruch der Entrüstung“. Sie forderten den Kopf der Bremer Räte, über den Markt hallte es: „Nieder mit Henke!“ In der Versammlung der Räte fragte Henke: „Was denn unter dem Begriff ‚Massen‘ zu verstehen wäre.“ Sollten die Beschlüsse der aus den Betrieben legitimierten Räte oder die Forderungen des Marktplatzes gelten?

Der Druck hatte ein anderes Resultat. Es ging um den alten Zankapfel der drei Bremer Richtungen, die alte SPD-Zeitung. Mit juristischen Tricks der Berliner MSPD waren die linken Redakteure Knief und Henke während des Krieges aus der „Bremer Bürgerzeitung“ entfernt worden. Das hatte bei Unabhängigen und IKD tiefe Verbitterung hinterlassen. Bisher waren die Forderungen der Räte, ihnen diese Zeitung zu übergeben, am Widerstand der für die Ordnung zuständigen Soldatenräte gescheitert. Die vollzogen jetzt einen Schwenk, stellten sich gegen die MSPD.

Die Rückkehr der Berliner und Bremer Kampftruppen

Hintergrund für diese Entscheidung der Bremer Soldatenräte war die vor der Tür stehende Rückkehr des Bremer Infanterieregiments 75. Diese 600 kampferprobten Soldaten standen noch unter dem Kommando ihrer Offiziere und drohten die Kräfteverhältnisse nicht nur unter den Soldaten umzustürzen. So gaben die Bremer Soldatenräte nicht nur die Zustimmung zur Übernahme der „Bürgerzeitung“ durch die Linke, sie akzeptierten und begannen auch die Aufstellung eines bewaffneten Arbeiterbataillons von 1000 Mann zu organisieren. Die Mehrheitssozialdemokraten sollten von der Bewaffnung ausgenommen bleiben. Darauf trat die

Alltag der Berliner Volksmarinedivision, © Bundesarchiv

MSPD kurz vor Weihnachten aus dem Bremer Arbeiter- und Soldatenrat aus. In Berlin vollzog sich eine ganz andere Entwicklung, für Bremen sollte das entscheidend werden.

Stand die Bremer MSPD mit dem Rücken an der Wand, hatte sie in Berlin einen Sieg gefeiert. Mitte Dezember hatte der erste reichsweite Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in der Hauptstadt stattgefunden und sich dort mit überwältigender Mehrheit für die Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen. Damit erlitt das Rätesystem die entscheidende Niederlage. Die Stimmung in der Hauptstadt schlug um, Offiziere trugen wieder unbehelligt ihre Kokarden und 25 000 begeisterte Berliner Bürger applaudierten am Brandenburger Tor den 7000 im Parademarsch zurückkehrenden Soldaten. 100 000 Bürger standen Unter den Linden Spalier.

Ganz anders die Berliner Volksmarinedivision, die bei der Provisorischen Regierung inzwischen im Verdacht linksradikaler Tendenzen stand. Ihre Stärke sollte reduziert werden und bekam keine Löhnung. Als wütende Matrosen darauf die Ebert-Regierung zu verhaften versuchten und gleich noch den Berliner MSPD-Stadtkommandanten als Geisel nahmen, war für die Mehrheitssozialisten die „Rote Linie“ überschritten. Die MSPD paktierte mit der alten Militärkaste, die schreckte beim Sturmangriff auf den Sitz der Matrosen selbst vor dem Einsatz von Artillerie nicht zurück. Die USPD trat aus der Provisorischen Regierung aus. Als im Januar auch noch ihr Berliner Polizeipräsident abgesetzt wurde, mobilisierten USPD und Spartakus eine Riesendemonstration mit 200 000 Teilnehmern. In einer spontanen Bewegung zogen Demonstranten zum Berliner „Vorwärts“ und besetzten die Verlagshäuser im Zeitungsviertel. Spartakus und Teile der USPD wähnten den Augenblick für eine zweite Etappe der Revolution gekommen, ein eilig improvisiertes Revolutionskomitee rief zum Sturz der Ebert-Regierung auf.

Das war die Stunde des neuen MSPD-Volksbeauftragten Noske, der setzte konterrevolutionäre Truppen aus dem Umland in Marsch. Vier Tage tobten erbitterte die Straßenkämpfe mit dem Einsatz des ganzen militärischen Waffenarsenals, am Ende standen 200 Tote. Ein Bremer IKD-Mann war nach Berlin gefahren, um Liebknecht und Luxemburg

Posieren des Berliner Freicorps der „Gerstenberger“ nach ihrer Eroberung Bremens auf dem Marktplatz, © Staatsarchiv Bremen

– erfolglos - einen sicheren Rückzug nach Bremen anzubieten. Als er in die Hansestadt zurückkehrte, war das Scheitern des sogenannten „Spartakusaufstands“ nur noch eine Frage der Zeit.

Die Ausrufung der „Sozialistischen Räterepublik“ in Bremen

Zur Unterstützung der „Berliner Kämpfer“ beschloss die IKD, zehn Tage zuvor mit Spartakus in der neu gegründeten KPD fusioniert, in einer Nacht- und Nebelaktion die Ausrufung der „Sozialistischen Republik“ in Bremen. Der bisherige Ratsvorsitzende Henke wusste von nichts, vor vollendete Tatsachen gestellt fügte er sich in die ihm zugedachte neue Rolle.

Am 10. Januar verkündete der USPD-Mann Frasunkiewicz auf dem Marktplatz, „dass vom heutigen Tag an die kommunistische Diktatur errichtet wird.“ Das Standrecht sei verfügt, die bürgerliche Presse stünde unter Vorzensur. Die Volkskommissare der Sozialistischen Räterepublik sandten ein Telegramm an die Berliner Regierung und forderten sie auf „baldmöglichst von der Bildfläche zu verschwinden“. Die bei einer Neuwahl der Räte im Januar wieder erstarkte MSPD wurde aus dem Bremer Räteorgan ausgeschlossen.

Schlichtung in letzter Minute

Dann folgte ein turbulente Woche, an deren Ende die „Sozialistische Republik“ noch vor dem Einsatz Berliner Militärs bankrott war. Zunächst begriffen die Bremer Soldatenräte, dass sie angesichts der von ihnen bewaffneten Arbeiter das Waffenmonopol verloren hatten. Sie zogen zur AG Weser, um sie sich die Gewehre zurückzuholen. Nach ersten Schüssen gelang in letzter Minute eine Schlichtung. Doch entscheidend für die Existenz der neuen Räteregierung sollte eine Verhandlung der neu ernannten Volkskommissare mit den Banken sein. Bisher hatten die Räte mit dem Senat und den Deputationen eine Kooperation und ihre Beschlüsse auf diese Art auch finanziert. Jetzt drohte die Zahlungsunfähigkeit, die Banken hatten der „Sozialistischen Republik“ die Pistole auf die Brust gesetzt: Kredite flössen nur bei geordneten Verhältnissen in der Stadt. Sie verlangten vom Arbeiter- und Soldatenrat die Zustimmung für Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung für Bremen, natürlich auf Basis des allgemeinen freien Wahlrechts. Zähneknirschend folgten Bremer USPD und IKD dieser Erpressung und stimmten damit selbst für ihre Entmachtung.

Warum erfolgte dann trotzdem die militärische Niederschlagung der „Sozialistische Republik“? Den in Verden aufmarschierten Reichstruppen hatten die Bremer Räte weitreichende Angebote gemacht: Ihre Waffen sollten abgeliefert werden, die neuen „Volkskommissare“ der Räterepublik boten ihren Rücktritt an. Die Berliner MSPD aber wollte einen Sieg und keine Verhandlung. Ihr Ziel war die Einsetzung einer „Provisorischen Regierung“ mit Bremer MSPD-Politikern. Ungeachtet aller Interventionen setzte sie

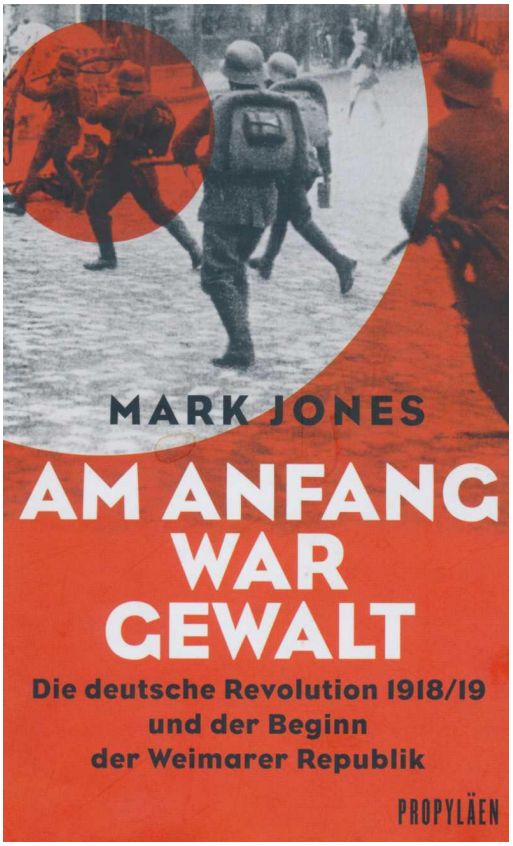
ihre Truppen in Marsch. In letzter Minute forderten die Räte die Arbeiter zur Aufgabe des Kampfes und Abgabe der Waffen auf, doch nicht alle ließen sich zurückhalten. Circa 60 Bremer kamen bei den Kämpfen ums Leben, jeder Zweite darunter ein Zivilist. Die Hemmschwelle, die anfangs in Kiel und Berlin die Ausübung von Gewalt fast gänzlich verhindert hatte, sie war geschwunden – zuerst in Berlin und dann auch in Bremen.

Was bleibt?

Es ist zweierlei. Da war einmal die Erinnerung an den Augenblick, an den Traum der Umkehrung von allem Oben und Unten - „Wir hatten die absolute Macht in den Händen.“. Das war die nie mehr auszulöschende Erfahrung, die Revolution war machbar. Dagegen verblasste die Erfahrung, dass ihre Protagonisten damals nicht die Mittel und die Macht besaßen, diesem Augenblick Kontinuität zu verleihen. Was ebenso haften blieb, war die brutale Zerstörung ihres Traums und die Erinnerung an die Toten, die dafür mit ihrem Leben büßten.

Als Ergebnis dieser Gründungsphase der Weimarer bleibt auch, dass sich die Durchsetzung des neuen Staats auf Gewalt gründete. Was in Berlin, Bremen und später bei der Niederschlagung der Münchener Räterepiblik im Mai 1918 geschah, war für die MSPD-Politik auch ein Mittel politischer Kommunikation und diente als Signal an das Bürgertum. Es sollte klarstellen, dass die neue Republik auch den bürgerlichen Kräften Raum geben wollte. Der Preis für die Durchsetzung der MSPD-Politik aber war hoch. Wo bis dahin ein Graben die Arbeiterparteien trennte, da klaffte jetzt ein Abgrund. Nicht nur die Protokolle der ab März tagenden Bremen Nationalversammlung sind voll von erbitterten Abrechnungen, die sich die Arbeiterparteien noch lange präsentierten. Trotz linker Mehrheiten in der Bürgerschaft konnte ein bürgerlicher Minderheitssenat jahrelang die Bremer Lokalpolitik gestalten.

Betrachtet man die ganze Zeit vom November bis zum Februar, so war doch Unglaubliches passiert. Die Monarchie und die Senatsherrschaft mit ihrem Acht-Klassenwahlrecht waren wie ein Kartenhaus eingestürzt. Die Parlamentarisierung der Weimarer Republik brachte auch den Frauen das volle Wahlrecht. In England geschah das erst Ende der Zwanziger Jahre, in Frankreich gar erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Das waren zwar keine Bremer Entscheidungen. Doch die drei Monate Räteherrschaft hatten selbst dem letzten Bremer klar gemacht, dass es kein Zurück in die Zeit vor dem 6. November geben konnte. An diesem Tag hatten die Matrosen die Revolution nach Bremen gebracht.



„Am Anfang war Gewalt“: Dieser Beitrag hat wesentliche Anregungen der auch spannend zu lesenden Veröffentlichung von Mark Jones zu verdanken. Für die Bremer Ereignisse nach wie vor unverzichtbar bleiben Peter Kuckuks Arbeiten zur Bremer Räterepublik.

Werden die Forderungen der Schüler*innen nach raschen und radikalen Maßnahmen gegen die Kohlendioxid-Emissionen gehört? – Oder als „nettes" demokratisches Engagement abgetan?

Sei kein Frosch!

Wolfgang Bielenberg

Wirft man einen Frosch in heißes Wasser, springt er wieder heraus. Schließlich will er sich nicht verbrühen. Steckt man ihn aber in kaltes Wasser, das langsam zum Sieden gebracht wird, verpasst das Tier den Absprung und stirbt.

Diese Beschreibung eines Experiments (das man mit Rücksicht auf die Gesundheit von Fröschen NICHT nachmachen sollte) stammt von dem irischen Wirtschafts- und Sozialphilosophen Charles B. Handy. Es wurde verschiedentlich zitiert und mit dem Verhalten des Menschen verglichen, der nicht oder viel zu spät auf Entwicklungen reagiert.

Inzwischen haben Biologen nachgewiesen, dass Frösche nicht so blöde sind. Bei steigenden Temperaturen werden sie aktiver und verlassen das Wasser. Insofern Entwarnung. Aber gilt das auch für unser Verhalten?

Seit Jahrzehnten beschreiben die Wetterdienste Veränderungen, die sich durch eine weltweite Erhöhung der Temperaturen, schmelzende Gletscher, steigende Meeresspiegel und eine erhöhte Anzahl von extremen Wetterereignissen wie Starkregen, Überschwemmungen, Hitzewellen und einer Zunahme von Extremstürmen mit ihren Folgen bemerkbar machen. Und es wird wärmer: 2015, 2016, 2017 und 2018 sind mit deutlichem Abstand die vier wärmsten Jahre seit Beginn der Messungen vor 150 Jahren.

Nicht mehr ernsthaft bestritten werden inzwischen die Aussagen der Studien des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change):

- Es handelt sich hier nicht um (vereinzelte) Wetterkapriolen, sondern um die Anzeichen eines (langfristigen) Klimawandels

- Dieser Klimawandel ist vom Menschen verschuldet.
- Hauptverursacher ist – neben Methan und anderen Gasen - vor allem das Treibhausgas Kohlendioxid (CO2), das durch Verbrennung von Öl, Benzin, Kohle und Erdgas freigesetzt wird.

Die Folgen sind jetzt schon katastrophal: Beklagen sich in der westlichen Welt die Versicherungsgesellschaften über steigende Schadenssummen, versinken inzwischen in Südostasien einzelne Inselgruppen im Meer, sterben Menschen durch die Auswirkungen von Hitze, Überschwemmungen und Wirbelstürmen, werden Ernten durch Dürre vernichtet. Der Lebensraum von Hunderten von Millionen Menschen ist ernsthaft bedroht.

Die Entwicklung ist seit Jahrzehnten bekannt. In einer Anzahl von internationalen Konferenzen wurden Abkommen und Grenzwerte beschlossen, die die Produktion und Emission von das Klima beeinflussenden Gasen einschränken sollen. Nur: Der CO2-Ausstoß steigt weiter. Konkrete Maßnahmen wie der Stopp der Kohleverbrennung oder die Neuorganisation des Verkehrs werden verhindert oder in ferne Zukunft verschoben. Noch nicht einmal die selbst gesetzten Klimaziele werden eingehalten.

„Begründet“ wird dies Verhalten mit wirtschaftlichen Überlegungen: Klimaschutzmaßnahmen sind zu teuer, führen zu Nachteilen gegenüber anderen Staaten, Wohlstand und Arbeitsplätze sind in Gefahr. Gerade das letzte Argument wiegt schwer – gerade in Regionen, deren wirtschaftliche Existenz von den kritisierten Unternehmungen abhängt. So stecken auch Teile der Gewerkschaften in der Frage „Klimapolitik oder Arbeitsplätze“ in der Zwickmühle.

So schwimmt die Menschheit im Topf und das Wasser wird wärmer. Aussteigen geht nicht – die einzige Möglichkeit besteht in der grundlegenden Veränderung der Politik und des eigenen Verhaltens. Diese Erkenntnis nimmt mehr und mehr Raum ein bei unseren Schüler*innen und Student*innen. Unsere – angeblich so unpolitische – Jugend geht auf die Straße und fordert zum Handeln auf. „Fridays For Future“ ist inzwischen eine weltweite Bewegung, an der Schüler*innen ihre Schule verlassen und für ihre (und unsere) Zukunft protestieren.

Unterstützen wir sie aus eigenem Interesse und aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel. Handeln wir selbst: Ändern wir unser eigenes Konsumverhalten, gehen wir auf die Straße. Wir haben allen Grund dazu - schließlich hat unsere Generation den größten Teil der Katastrophe verbockt.

Weitere Informationen

- Die deutsche Seite des Weltklimarats IPCC https://www.de-ipcc.de/
- Eine Fundgrube von interessanten Artikeln https://www.ngo-online.de/tags/klimawandel/

Ein Wald oder auch nur das, was von ihm noch übrig ist, wurde zum symbolträchtigen Streitobjekt zwischen Klimaschützern und dem Energiekonzern RWE.

Vergiftet oder arbeitslos?

Margot Müller

Das ist die Freiheit der Wahl, die der demokratische Kapitalismus den Arbeiter*innen und Angestellten anscheinend bietet. Am Ende sind sie beides!

Der vordergründige Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie zeigt sich aktuell in der Bundesrepublik besonders deutlich bei der Braunkohle-Verbrennung, dem dazu gehörigen Tagebau und der Auseinandersetzung um den – symbolisch überfrachteten – Hambacher Forst.

Dieser Konflikt ist Teil einer weltweiten Auseinandersetzung. Weiter so mit voller Kraft in die Klimakatastrophe oder wenigstens den Versuch angehen, lebenswerte Zustände auf dem Planeten zu erhalten und für kommende Generationen zu ermöglichen.

Die Interessenlage der Beschäftigten ist leider nicht so klar, wie es auf den ersten Blick und nach dem „gesunden Menschenverstand“ aussieht – denn der Kapitalismus entwickelt nicht nur eine ungeheure materielle Dynamik in der Produktion, sondern auch die dazugehörige Ideologie. Die Widersprüche spiegeln sich im Bewusstsein der einzelnen Personen. Das – soziale, gesellschaftliche und kulturelle – Leben des „doppelt freien Lohnarbeiters“ hängt buchstäblich vom Erhalt seines (oder ihres) Arbeitsplatzes ab. Also verknüpfen sie ihr Schicksal auch gedanklich mit „unserer Firma“. Und irgendwann mischen sich aus Erfahrung gewonnener Durchblick und „notwendig falsches Bewusstsein“ zu dem Ruf „Rettet die Arbeitsplätze“, der im Zweifelsfall auch in der Gewerkschaftszeitung propagiert wird.

Einfluss darauf, was für „gerettete Arbeitsplätze“ das sind und was sie über die Firma hinaus bedeuten, haben die Beschäftigten aber gerade nicht. Welches Produkt hergestellt wird, die damit verbundene Umweltzerstörungen und gesellschaftlichen Folgekosten sowie die Produktions- und Arbeitsbedingungen bestimmt im Wesentlichen „die Firma“. Erkämpfte gesetzliche Regelungen und ein starker Organisationsgrad können einzelne Fortschritte bewirken. Seit Jahrzehnten gab es Initiativen von Gewerkschaftskolleg*innen in der Industrie, um nach Alternativen zu suchen: Arbeitskreise zu

Übrigens: „Vergiftet oder Arbeitslos“ ist der Titel eines ZDF-Fernsehfilms von Bernward Wember aus 1982.

„Alternativer Produktion“ entstanden z.B. in Rüstungsbetrieben, um Arbeitsplätze zu erhalten, ohne Rüstungsaufträge einzufordern. Im Schiffbau engagierten sich Kolleg*innen für das „umweltfreundliche Schiff“ und für ihre Gesundheit, die durch schädliche Stoffe wie Asbest und Gifte gefährdet war.

Die Systemfrage stellen?

Angeblich auf der anderen Seite stehen inzwischen internationale Umweltbewegungen, die durchaus – bis auf einige hysterische Abspaltungen – den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise, miserablen gesundheitszerstörenden Arbeitsbedingungen, Profitgier und Umweltzerstörung im Einzelfall sehen, aber kaum eine Vorstellung von den Verflechtungen des inzwischen globalisierten „Gesamtkapitals“ haben. (Diese Verflechtungen schließen selbstverständlich die Konkurrenz zwischen den Konzernen, lokale Kriege eingeschlossen, nicht aus). Sie sehen die Ausbeutung der Arbeitskraft hauptsächlich als moralisches Problem einzelner Konzerne und nicht als Grundlage des kapitalistischen Gesamtsystems. Um die Sache noch komplizierter zu machen: Viele Gewerkschafter*innen sehen es ebenso! Und so kann der Konflikt zwischen Arbeiter*innen im Bergbau und Umweltschützer*innen auch den Betroffenen selbst als ein moralischer erscheinen.

Und so stehen sich Klima-Pilger und Umwelt-Aktivisten mit ihren Forderungen nach Schließung ökologisch schädlicher Produktionsstätten und Gewerkschafter*innen in Verteidigung „ihrer“ Arbeitsplätze im Hambacher Forst gegenüber.

Umstellungen auf Ökologische Produktion verursachen Kosten. Deswegen wehren sich vom multinationalen Konzern bis zur Hinterhofklitsche, vom Großgrundbesitzer bis zum Bauernhof, welcher wirtschaftlich aus dem letzten Loch pfeift, von Stahl bis zu Textil alle, alle Kapitalisten, und die, die sich dafür halten, gegen jede nationale und internationale gesetzliche Regelung gegen die ungebremste Naturzerstörung.

Wenn die Regierungen dann zögernd und viertelherzig doch Regelungen erlassen – Regelungen auf freiwilliger Basis erreichen meistens ihr Ziel nicht – schmälert das den Profit. Diese „ökologischen Produktionskosten“ können nur aus dem Gesamt-Mehrwertfond gezahlt werden. Also verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen den Klassen um die Anteile am Gesamt-Mehrwertfond. Die Kapitalisten versuchen – nein sie versuchen es nicht, es gelingt ihnen – diese Kosten auf die nicht besitzenden Klassen abzuschieben.

Exportweltmeister?

Europa und Nordamerika lagern ihre Entsorgungs- und Recyclingprobleme sowie die schmutzige, gesundheitszerstörende, miserabel bezahlte und rechtlose Arbeit nach Afrika, Südostasien, Südeuropa aus.

Mit dem Holzhammer argumentiert? – Vielleicht. Vielleicht ist die Lage aber auch längst ernster, als viele es wahrhaben wollen.

Und auch in der BRD gibt es heute noch oder schon wieder tendenziell rechtsfreie, frühkapitalistische Inseln der Ausbeutung: Teilbereiche der Fleischverarbeitung, der Bauindustrie, Bewachung, Gastronomie, Handel, Reinigungsfirmen …

Den politisch Bewussteren steckt die Erfahrung der britischen Bergarbeiter aus der Thatcher Zeit noch in den Knochen. Hier wurden die sozialen Errungenschaften von anderthalb Jahrhunderten des Kerns der Arbeiterklasse in Kohle und Stahl in einem Jahrzehnt geschliffen. Großbritannien hat heute Gebiete und teilweise eine Sozialgesetzgebung, die der

Rauchende Schlote in blühenden Landschaften? - Die „Entkarbonisierung" der Wirtschaft, wie Angela Merkel den Verzicht auf fossile Energieträger genannt hat, sei beschlossene Sache. Fragt sich nur: wann?

normal uninformierte Zeitungsleser nur mit „Entwicklungsländern" in Verbindung bringt.

Diese Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg erklärt graduell die Haltung von Arbeitern, Betriebsräten und Gewerkschaften im „Kampf" um den Braunkohletagebau. Hier stehen qualifizierte und finanziell auskömmliche Arbeitsplätze auf dem Spiel. Und nach der Kündigung droht der soziale Absturz.

In weiser Voraussicht

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (Karl Marx: „Das Kapital", 1. Band, S. 530, MEW 23)

Dies mag auch die Aufrufe der Gewerkschaften IG-BCE und ver.di gegen die Umweltschutz-Aktivist*innen in der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst erklären, die den Eindruck des Schulterschlusses der Gewerkschaft mit dem Energiekonzern RWE erwecken konnten. Das wäre fatal. Die RWE hat seit 2005 bereits rund 25.000 Arbeitsplätze „abgebaut".

Es geht um tiefgreifende Änderungen in der Produktion und Gesellschaft, um die Verteilung von Wohlstand weltweit und das Konsumverhalten jeder Einzelnen. Wenn es bei den „Ausgleichszahlungen" an die Kumpel im Steinkohlenbergbau noch gereicht hat, so ist die Lösung für den Braunkohleausstieg noch offen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, hier gemeinsame Positionen zu beziehen und eindeutig Stellung zu nehmen. Eine eindeutige Stellungnahme wären auch Arbeitsniederlegungen – für eine nachhaltige Klimapolitik wie für eine Umsteuerung der Produktion, die nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

Gegen die Zerstörung von Herz und Hirn

Traudel Kassel

Fragen an Dr. Wolfgang Hien

WIR: Die Schilderungen deines Arbeitslebens in deinem 2018 erschienenen Buch: „Gegen die Zerstörung von Herz und Hirn…“ (Wolfgang Hien/Peter Birke) lesen sich stellenweise wie ein Krimi und geben anschauliche Einblicke in die bittere Wirklichkeit in westdeutschen Industriebetrieben in den 60er und 70er Jahren: BASF, DEGUSSA, Edelstahlwerk Witten und Henrichshütte Hattingen sind Stationen, die du durchlebt und durchlitten hast.

Kannst du uns konkret an einem Beispiel schildern, wie du als Chemielaborant die Fabrik und den Umgang mit gesundheitsschädlichen Stoffen bei BASF am eigenen Leib und bei deinen Kollegen erlebt hast?

Ich begann im April 1965 meine Laborantenlehre in der BASF Ludwigshafen, einer wirklich riesigen Chemiefabrik. Ich war gerade 16 geworden, man steckte mich in einen Blaumann, und dann wurde ich erst einmal viele Monate für Putz- und Hilfsarbeiten eingesetzt. Ich arbeitete mehrere Tage pro Woche im PVC-Technikum, wo die Herstellung von Kunststoffen erprobt wurde, und dort musste ich feste Masse aus riesigen Kesseln herausklopfen. Dies war eine schwere und giftige Arbeit, da monomeres Vinylchlorid ausdampfte, ein narkotisierender und hochgradig krebserzeugender Stoff. Ich litt unter Übelkeit, ich musste oft kotzen, worauf mein Chef, aber auch andere Arbeiter meinten, daran gewöhne man sich. Das seien die Anfangserscheinungen, aber dann härte man sich ab. Der Oberchef der Arbeitsgruppe war immer ein promovierter Chemiker, ein Typus von Mensch, der sich ohnehin nur für „die Technik“ interessierte. Die Menschen waren dem völlig egal. Und ich gewöhnte mich nicht an die Verhältnisse. Ich wurde dann auch immer wieder zur Werksambulanz geschickt, das war quasi ein werkseigenes Krankenhaus. Die Betriebsärzte hatten dann nichts Besseres zu tun als mir Novalgin zu spritzen und mich wieder an die Arbeit zu schicken. Aus ihrem Mund – das waren ja noch überwiegend Nazi-Ärzte – kamen dann auch solche Sprüche wie z. B. "Simulant" oder "kränklicher Schwächling". Diese herablassende Ignoranz hat mich ganz besonders empört. In dieser Zeit habe ich einen regelrechten Hass auf Akademiker entwickelt.

WIR: Du hast dich nicht damit abgefunden, dass dein Körper „Besitz der Fabrik, ihrer Betriebsführer und Betriebsärzte“ sein sollte, wie du es in deinem Werk „Die Arbeit des Körpers“ beschreibst. Was hast du unternommen, um dem zu entgehen?

Schon 1966/67 haben wir Lehrlinge, Jungarbeiter und Junglaboranten uns zu einer Gruppe zusammengetan: der Sozialistischen Betriebsgruppe Ludwigshafen. Wir kamen mit Leuten vom SDS Mannheim und Heidelberg in Kontakt, ebenso mit Trotzkistinnen und Trotzkisten der späteren Gruppe Internationale Marxisten (GIM). Hier bekam ich sozusagen mein politisches Grundgerüst. Doch zugleich ließ mich die Problematik der Gesundheitszerstörung durch menschenunwürdige Arbeitsbedingungen nicht mehr los. Ein wesentlicher Antrieb kam dann auch von der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung. Die kapitalistische Technik – und vor allem auch die Chemieindustrie mit

ihren unermesslichen Massen an Giften - zerstört unsere Lebensgrundlagen und unser aller Leben, wenn wir nicht dagegen etwas tun. Ich befasste mich schon 1974 intensiv mit Toxikologie und versuchte, Wissen der Umwelt- und Gesundheitsbewegung in die Betriebsbasisgruppen zu bringen. Ich selbst habe dann noch viele Jahre in der Chemie- und Stahlindustrie gearbeitet und mich an linker Betriebsarbeit mit meinen Themen beteiligt. 1980 engagierte ich mich für ein von der GoG Bochum – der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter bei Opel Bochum – mitorganisiertes bundesweites Betriebslinkentreffen, bei dem wir rund um solche Themen wie „Gifte am Arbeitsplatz“ und „Gesundheitsschäden durch Nachtarbeit“ diskutiert haben.

WIR: Du hast danach jahrelang am Krebsforschungszentrum in Heidelberg gearbeitet, dann in Bremen studiert und bist so der Gesundheits-, Arbeits- und Lebens-Wissenschaftler geworden, als der du heute immer noch wirkst – ohne die Absicherung durch eine akademische Karriere.Du hast nie aufgegeben, parteilich für die Interessen der Beschäftigten einzutreten. Welche Steine hat man dir dabei in den Weg gelegt – in den Betrieben, auch im hauptamtlichen Bereich von IG-Chemie und DGB?

Das ist eine lange Geschichte. Bei der Chemieindustrie und der IG Chemie, der heutigen BCE, stand ich seit Ende der 1960er Jahre auf der schwarzen Liste. Die IG Chemie hat immer wieder dafür gesorgt, mir bestimmte Jobs streitig zu machen. Da zeigten sich immer wieder auch die Betriebsräte als willfährige Erfüllungsgehilfen dafür, den „Arbeitsplatzvernichter Hien“ aus dem Betrieb fern zu halten. Auch mehrere Möglichkeiten, in anderen gewerkschaftlichen Bereichen zu arbeiten, wurden vereitelt. Zum Schluss aber, im Frühjahr 2003, bot man mir unter bestimmten Bedingungen schließlich eben doch einen hauptamtlichen Gewerkschaftsjob an: Referatsleiter für Gesundheitsschutz beim DGB-Bundesvorstand. Eine der vielen Bedingungen: Ich sollte mich aus der Chemiepolitik raushalten.

Aber wie soll das gehen, wenn tausende von Chemikalien die Arbeiterinnen und Arbeiter am Arbeitsplatz belasten und – wie z.B. in vielen Handwerksbetrieben – die Gesundheit des Menschen nach wie vor extrem gefährden? Ich habe diesen Job zweieinhalb Jahre gemacht. Die sozialpartnerschaftliche Orientierung, unter die ich mich nicht unterwerfen wollte, und die thematische Umorientierung auf „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) und „Gesundheitsmanagement“, die ich nicht mitmachen wollte, brachten mich an einen Punkt, an dem nichts mehr ging. Ich rannte gegen eine Mauer. Mein Körper streikte. Ich brach zusammen, und wenn ich überleben wollte, musste ich gehen.

Trotz Automatisierung und Digitalisierung:
Körperlich belastende Tätigkeiten und gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze bleiben eine Herausforderung für die Gewerkschaftsarbeit.

WIR: Du hast schon in den 1990ern in Bremer Betrieben viel beraten und geforscht. Nach der Schließung der Vulkan-Werft 1997 hast du die Situation der Vulkan-Arbeiter untersucht, ihre Gesundheit und ihre gesamte Lebenssituation, und du hast noch einmal zehn Jahre später nachgehakt. Und dann kamen viele weitere Projekte. Kannst du darüber was erzählen?

Mir war immer wichtig, das wirkliche Leben hinter den nackten Zahlen zu sehen und dem Leben der belasteten Menschen nachzuspüren, zu versuchen, ihre Situation zu verstehen, auch der Frage nachzugehen, wie sie ihr alltägliches Leben bewältigen, wie sie Widerstand leisten, aber auch wie sie sich ihre kleinen Fluchten suchen. Dass körperliche Schwerstarbeit die Knochen und Gelenke kaputtmachen, dass Asbeststäube und Schweißrauche die Lungen zerstören – all das ist kein Gegenstand eines Museums für Arbeit, sondern aktuelle Realität. Auch was die Werftarbeiter dann in zahllosen halbkriminellen Leiharbeitsbetrieben erlebten und erleben, das sind Dinge, die nicht zu unserer Hochglanzgesellschaft passen – wie überhaupt das Thema ältere und gesundheitlich angeschlagene Erwerbstätige. Die Propaganda von den „fitten Alten“ verstellt den Blick auf die Wirklichkeit, darauf, dass jeder und jede Zweite über 50 an einer oder mehreren chronischen Krankheiten leidet. Eben auch als Folge jahrelanger physischer und psychischer Arbeitsbelastungen. Selbst die Betroffenen versuchen das manchmal zu verdrängen. Ich habe mehrere Studien durchgeführt, zu vielen verschiedenen Berufsgruppen, beispielsweise zu älteren IT-Beschäftigten und zu älteren Pflegekräften. Ich habe, im Rahmen einer arbeitswissenschaftlichen Unterstützung von Interessenvertretungen, mehrere Wochen lang teilnehmende Beobachtung auf Krankenhausstationen gemacht und ar-

beitswissenschaftlich belegen können, dass die Personalkürzungen die Gesundheit der Pflegekräfte wie die der Patienten gefährden.

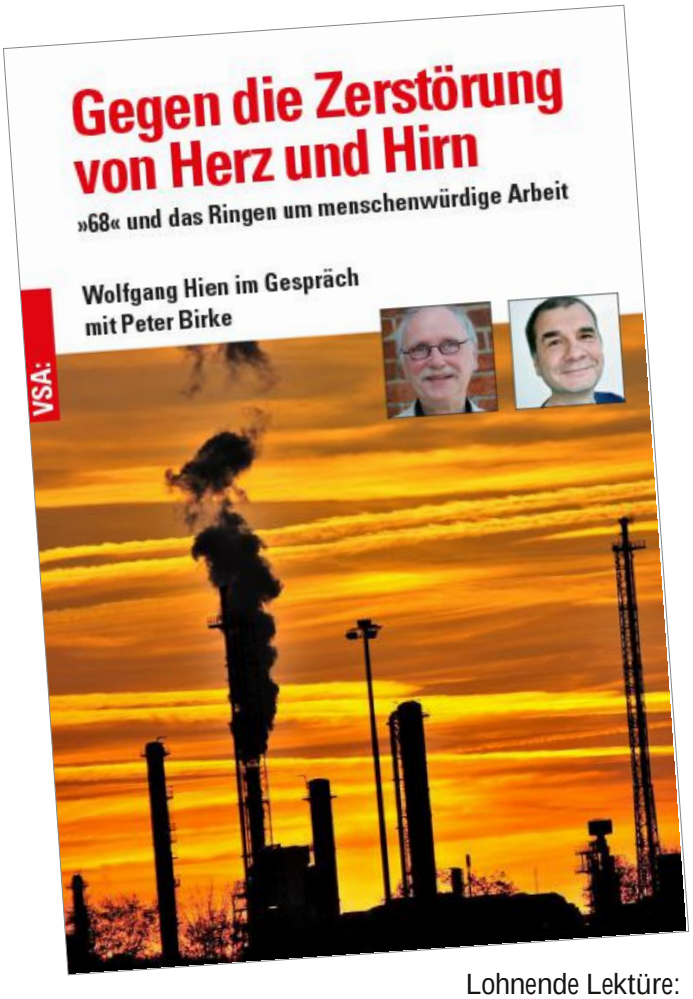
WIR: Du warst 2012/13 einer der ersten, der eine Mindestpersonalbesetzung gefordert hat und klipp und klar arbeitswissenschaftlich dargelegt hat, dass Alleinarbeit in der Nachtschicht ein Wahnsinn ist, d. h. dass mindestens zwei Pflegekräfte nachts auf Station sein müssen.

Ja, diese Auseinandersetzungen halten bis heute an. Meine Gutachten wurden natürlich von den Arbeitgebern angefochten, und die gehen durch alle Instanzen. Ende dieses Jahres wird sich schließlich und endlich das Bundesarbeitsgericht dazu äußern. Wir werden sehen.

WIR: Die Arbeitswelt hat sich auch in der Industrie gewandelt. Viele gesundheitsschädliche Arbeitsplätze sind durch qualifiziertere Tätigkeiten und Computer-Arbeit ersetzt worden. Im Dienstleistungsbereich herrschen schon lange Computer-Tätigkeiten vor. Was heißt das für die Gesundheit der Beschäftigten heute und in Zukunft? Was haben deine Studien über die Arbeits-Belastungen für das Leben der Menschen heute ergeben?

Wenn man ins Detail geht, dann entblättert sich die neue schöne Arbeitswelt, und ihr hässlicher Kern wird sichtbar. Viele Menschen machen sich was vor. Sie übernehmen die Ideologie ihres Unternehmens und denken, sie können sich jetzt irgendwie selbst verwirklichen. Ich halte das für eine gigantische Selbsttäuschung, für eine massenhaftes „Pseudo-Selbst“, wie es Ernst Fromm schon vor langer Zeit für die US-amerikanische Gesellschaft diagnostiziert hat. Die Kapitalverwertung greift tief in unser Leben ein, bemächtigt sich unserer freien Zeit, schürt die Konkurrenz unter den Kolleg*innen, drängt die Älteren und chronisch Kranken in den Abgrund der „Überflüssigen“. Entgrenzung, Spaltung, Unsicherheit, Angst – das sind die Themen hinter der Hochglanzoberfläche. Das FIT-Programm auf der Bremer Hütte ist so ein Beispiel. Ich werde nie verstehen, wie sich Betriebsräte auf so etwas haben einlassen können. Ja, ich weiß, da kommen immer die Argumente: „Was hätten wir denn tun sollen? Der Standort war gefährdet!“ Nun ja, der ist im Kapitalismus sowieso immer gefährdet, immer und überall. Daran ändern selbst hohe Profite nichts. Sollen wir immer den Winkelzügen des Kapitals hinterherlaufen?

Meine Sicht der Dinge – quasi als Resultat von mehr als 50 Jahren gewerkschaftlicher und politischer Aktivität für die Gesundheit in der Arbeitswelt – ist eine völlig andere: Es geht um das Grundrecht auf Gesundheit und gutes Leben für alle, um ein Menschenrecht, das nicht verhandelbar ist, das nicht betriebs- oder volkswirtschaftlich „verrechnet“ werden kann. Das muss in die Köpfe und Herzen der arbeitenden Menschen hinein, dafür habe ich mich immer eingesetzt. „Mobilisierung für menschenwürdige Arbeitsbedingungen“ – darum geht es. Mobilisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen, denn nur sie selbst können die Verhältnisse wirksam ändern. Wir sind als Gewerkschaften nicht dazu da, die Menschen fit zu machen, sondern alle Menschen – so wie sie sind – zu verteidigen, auch die langsamen, die chronisch kranken. Wir brauchen eine Arbeitswelt, in der diese Menschen ihren Platz finden und leben können. Das galt früher und gilt heute und weiterhin.



Lohnende Lektüre: Das 256 Seiten starke Buch von Wolfgang Hien und Peter Birke kostet 22,80 EUR:

Hoffnung, Dilemma und Wut zum Gewerkschaftstag 2019

Udo Hannemann

In wenigen Monaten findet der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Hierauf richten sich die Hoffnungen derer, die nun bereits seit 30 Jahren unter der neoliberalen Politik zu leiden haben: Der Politik einer kleinen, elitären Schule unter den Leitlinien von ihrem Vorbeter Milton Friedman. Diese lauten kurz gefasst:

- „Steuern für Reiche, Unternehmer und Unternehmen senken",
- „Soziale Ausgaben des Staates für Arme und Bedürftige kürzen"
- „Aufgaben des Staates überall dort, wo man Gewinne machen kann, privatisieren".

Natürlich aber soll der Staat weiterhin notwendige Infrastrukturen finanzieren und marode Unternehmen das Überleben absichern. Das Geld hierfür presst man denen ab, die sich am wenigsten wehren können. Einige sprechen bei diesem Phänomen bereits von „Ausplünderung der Massen durch die Eliten".
Gab es für Arbeitnehmer früher den Gleichklang zwischen Partei und Gewerkschaft, die beide klar mit deutlichen Worten und Taten für einen sozialen Ausgleich eintraten, ist dies heute wenig erkennbar.

Gewerkschaften sind heute die einzigen, die seit mehr als 120 Jahren die Positionen unverrückbar, aber in den gesellschaftlichen Massenmedien kaum hörbar, vertreten.

- Wir wollen nicht nur Arbeit – wir wollen „Gute Arbeit für Alle".
- Wir wollen nicht nur Leben – Wir wollen ein „Gutes Leben für Alle".
- Wir wollen nicht nur Rente – Wir wollen einen „Lebensabend ohne Altersarmut":

Hier haben Gewerkschaften in den letzten 120 Jahren bereits viel erreicht.

Das heutige Phänomen von Armut, gefühlter Armut und Zukunftsangst, betrifft immer mehr Menschen. Besonders Rentenempfänger und Erwerbslose. Beschleunigt und verstärkt wird dieser Trend durch Rentensenkung, Inflation und dem Fehlen von bezahlbarem Wohnraum.

Hier sind Änderungen dringend angesagt und werden seit langem auch bei der IG Metall diskutiert. – Nur: Gewerkschaftstagsbeschlüsse hierzu muss es auch geben!

In der IG Metall sind heute bereits über 500-tausend Menschen aus diesem Bereich organisiert. Was wundert es da, dass diese für den Gewerkschaftstag eine ganze Menge von Anträgen mit der Zielrichtung eingereicht haben, die Forderungen der IG Metall neu in Richtung „Lebensabend ohne Altersarmut" zu justieren.

Die Seniorinnen und Senioren der IG Metall fühlen sich teilweise als Ballast behandelt. Gleiche Rechte wie z.B. bei der Dienstleistungsgewerkschaft „ver.di ", räumt die IG Metall ihren Seniorinnen und Senioren in der Satzung nicht ein. Auch beim Ziel, die Rechte der Älteren im Grundgesetz festzuschreiben, besteht wenig Interesse.

Sollten sich diese und ähnliche Forderungen nicht in den Anträgen auf dem Gewerkschaftstag wiederfinden, besteht die berechtigte Sorge, dass sich ein Großteil dieser 500 Tausend über kurz oder lang aus der IG Metall (-arbeit) verabschieden.

ver.di-Senior*innen OV-Bremen

DO 09.05.	14:00	Prof. Dr.Kubischeck, Was tun, damit mehr ältere Menschen ohne Angst die Möglichkeiten des Internet nutzen?	DGB-Haus Sitzungszimmer, 5. OG
DO 13.06.	14:00	Frau Oppermann, Sparkasse in Bremen	DGB-Haus, Tivolisaal
DO 11.07.	14:00	GeBeIn	Nordstraße
DO 08.08.	14:00	Libuse Cerna, Vorsitzende des Bremer Rates für Integration	DGB-Haus, Tivoli-Saal
DO 12.09.	14:00	Burkhard Schomerus, ver.di - mehr als nur eine Gewerkschaft. Der ver.di-Konzern und seine Angebote für ver.di-Mitglieder	DGB-Haus, Sitzungszimmer, 5. OG

IG Metall Senior*innen

Senioren-Arbeitskreis Bremen, jeden ersten Mittwoch im Monat
9:00 - 12:00 DGB-Haus Bremen, Tivolisaal oder Großer Saal (1. OG)

Senioren-Arbeitskreis Bremen-Nord, jeden zweiten Mittwoch im Monat
10:00 - 12:00 Arbeitnehmerkammer Bremen-Nord, Lindenstraße 8

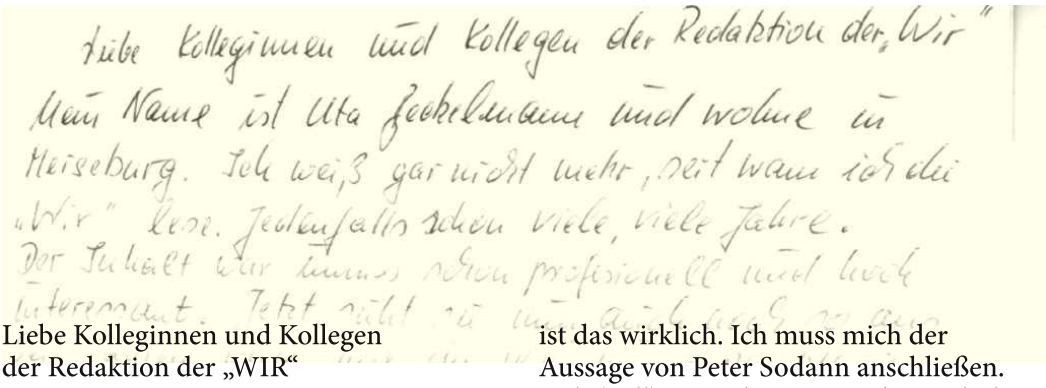
IGM-Arbeitskreis Geschichte, jeden zweiten Dienstag im Monat
14:00 - 16:30 DGB-Haus Bremen

NGG-Senior*innengruppe

MO 20. Mai | MO 8. Juli | MO 5. August | MO 2. September, jeweils
10:00 DGB-Haus Bremen, Tivolisaal

GEW Arbeitsgruppe Senior*innen

DI 07.05.	10:15	Fußball als Massenphänomen	GEW-Geschäftsstelle
DI 11.06.	10:15	Kunstführung	Treff vor der Weserburg
DI 13.08.	10:15	Lehr- und Fachkräftemangel in den Schulen	GEW-Geschäftsstelle


Liebe Kolleginnen und Kollegen der Redaktion der „WIR"
Mein Name ist Uta Beckelmann und wohne in Merseburg. Ich weiß gar nicht mehr, seit wann ich die „WIR" lese. Jedenfalls schon viele, viele Jahre.
Der Inhalt war immer schon professionell und hoch interessant. Jetzt sieht sie auch noch

Liebe Kolleginnen und Kollegen
der Redaktion der „WIR"

Mein Name ist Ute Bockelmann und wohne in Merseburg. Ich weiß gar nicht mehr, seit wann ich die „WIR" lese. Jedenfalls schon sehr viele, viele Jahre. Der Inhalt war immer schon professionell und hoch interessant. Jetzt sieht sie auch noch so aus. Seit Jahren wird mir die „WIR" immer pünktlich zugeschickt. Vielen Dank dafür. Alle Artikel in den WIR-Ausgaben finde ich interessant. Die von Traudel Kassel in der letzten Ausgabe haben mich ganz toll berührt. So war und ist das wirklich. Ich muss mich der Aussage von Peter Sodann anschließen. „Ich (will) muss die DDR nicht wiederhaben, aber ich lasse sie mir nicht nehmen." Aber um auf „Ossi und Wessi" zu kommen, ich finde diese Bezeichnung nicht gut. Nun zum Schluss zu kommen: Alle „Bremer Wessis", die ich kennen gelernt habe, das waren ganz schön viele, finde ich toll.

Nun von mir ein „Weiter so, ihr seid super". Viel, viel Gesundheit und Schaffenskraft für alle, liebe Grüße von Uta Beckelmann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

übersenden euch Informationsmaterial nach einem Jahr Protest für einen würdigen Gedenkort. Wir haben inzwischen im Jahr 2018 zwei Kundgebungen und 28 Mahnwachen abgehalten. Auch bei euch ging es um einen würdigen Gedenkort zum Bunker Valentin.

Gute Beispiele gibt es von Gedenkorten in Herford, Münster, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Köln, München, Stuttgart.

Es muss möglich sein, der Forderung nach einem würdigen Gedenkort vom Hamburger Senat nachzukommen. Eine Information in der „WIR" wäre uns allen sehr hilfreich.

Mit kollegialen Grüßen
Hans-Peter Möller

Anmerkung der Redaktion

Das Stadthaus war bis Juli 1943 Sitz des Hamburger Polizeipräsidiums und damit auch der Gestapo mit vielen Hundert Mitarbeiter*innen. Diese Zentrale des Terrors wirkte weit über die Grenzen Hamburgs hinaus. Auch der Kriegseinsatz von Polizisten in Polen und der Sowjetunion wurde von hier aus organisiert.

BREMEN

10:15	Sammeln am Weserstadion
12:05	Kundgebung (Domshof) mit Anette Düring (DGB Bremen) Jörg Hofmann (Vorsitzender IG Metall)
13:30	1.-Mai-Fest | Musik: Die Twinns

BREMEN-NORD

9:30	Kundgebung auf dem Sedanplatz (bis 11:30)

BREMERHAVEN

10:00	Demonstration ab Gewerkschaftshaus
11:00	Kundgebung vor der „Großen Kirche“ u. a. mit Meinhard Geiken (IG Metall Küste), Cem Cardici, Nadja Korch und Robin Söhn
13:30	1.-Mai-Fest | Musik: Delicious Devine